

21. Juni 1982

Weisungen über organisatorische Massnahmen in der Bundesverwaltung  
 für ausserordentliche Lagen

Bundeskanzlei. Antrag vom 17. März 1982 (Beilage)  
 Departement für auswärtige Angelegenheiten. Mitbericht vom  
 29. März 1982 (Zustimmung)  
 Departement des Innern. Mitbericht vom 25. März 1982 (Zustimmung)  
 Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 30. März 1982  
 (Zustimmung)  
 Militärdepartement. Mitbericht vom 30. März 1982 (Beilage)  
 Bundeskanzlei. Stellungnahme vom 1. April 1982 (Zustimmung)  
 Finanzdepartement. Mitbericht vom 31. März 1982 (Zustimmung)  
 Volkswirtschaftsdepartement. Mitbericht vom 31. März 1982  
 (Zustimmung)  
 Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement. Mitbericht vom  
 23. März 1982 (Zustimmung)  
 Bundeskanzlei. Ergänzungsantrag vom 10. Juni 1982 (Beilage)

gestützt auf den Antrag der Bundeskanzlei, auf das Mitberichts-  
 verfahren und aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

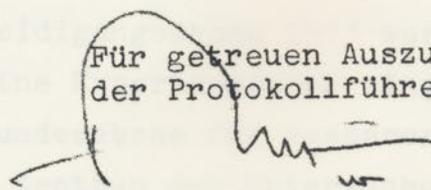
b e s c h l o s s e n :

1. Dem Erlass der "Weisungen über organisatorischen Massnahmen in  
 der Bundesverwaltung für ausserordentliche Lagen" wird mit  
 Aenderungen gemäss Mitbericht des Militärdepartements vom 30. März  
 1982 und Ergänzungsantrag der Bundeskanzlei vom 10. Juni 1982  
 zugestimmt.
2. Die Weisungen treten am 1. Juli 1982 in Kraft.

Protokollauszug (Antrag mit Beilage) an:

BK	7	(Br, FC, AC, We, MR, Ka, Reg) zum Vollzug		
EDA	6		"	"
EDI	5		"	"
EJPD	5		"	"
EMD	10		"	"
EFD	7		"	"
EVD	5		"	"
EVED	5		"	"
EFK	2	zur Kenntnis		
FinDel	2	" "		

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:






SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI  
 CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE  
 CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

3003 Bern, 17. März 1982 Fu/Wä

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

Weisungen über organisatorische Massnahmen in der Bundes-  
 verwaltung für ausserordentliche Lagen

1 Vorgeschichte

11 Am 14. Mai 1975 hat der Bundesrat "Weisungen betreffend die Sonderstäbe" erlassen. Diese regeln die organisatorischen Vorbereitungen, welche im Hinblick auf ausserordentliche Situationen, insbesondere Krisenlagen, zu treffen sind. Es geht dabei insbesondere um den Einsatz von Sonderstäben auf Stufe Bundesrat und im Bereich der Departemente. Die Weisungen enthalten in Ziffer 21 folgende, die Zusammensetzung des Sonderstabes des Bundesrates kennzeichnende Bestimmungen: "Der Sonderstab des Bundesrates, zunächst von Teilen der Bundeskanzlei und von der Lagekonferenz gebildet, kann je nach Lage durch die Leitungsorganisation für Gesamtverteidigung (LOGV) ergänzt werden. Den Zeitpunkt der Aufnahme der Tätigkeit der LOGV beschliesst der Bundesrat".

12 Im Anschluss an die Gesamtverteidigungsübung 1977 wurde unter der Leitung von Ständerat Muheim eine Expertengruppe eingesetzt, welche die Führungsstruktur auf Bundesebene für ausserordentliche Lagen zu untersuchen hatte. Im Zentrum der Untersuchungen stand die Leitungsorganisation für Gesamtverteidigung, bzw. die Rolle

und der Zentralstelle für Gesamtverteidigung in ausserordentli- und Struktur der Organe der Gesamtverteidigung. Die Experten-gruppe Muheim lieferte am 15. Mai 1979 ihren Bericht ab. Die von der Expertengruppe vorgeschlagene "Lösung grün" wurde an der Gesamtverteidigungsübung 1980 erprobt.

- 13 Mit Beschluss vom 30. Juni 1980 hat Ihre Behörde, aufgrund eines Aussprachepapiers der Bundeskanzlei und des Stabes GV vom 11. Juni 1980, die Aufträge für die Auswertung der Gesamtverteidigungsübung 1980 erteilt. Auftrag Nr. 3 betrifft die Konzeption der Führung des Bundes in ausserordentlichen Lagen. Dabei geht es vor allem um das Zusammenwirken zwischen der Leitungsorganisation der Gesamtverteidigung und der Bundeskanzlei in ausserordentlichen Lagen sowie um die Regelung von Koordinationsfragen. Der Stab für Gesamtverteidigung widmete diesem Thema eine zweitägige Sitzung, die am 11. und 12. September 1980 stattfand. Er konnte sich dabei auf eine umfangreiche Dokumentation stützen, insbesondere auf die Arbeiten der Expertengruppe Muheim vom Mai 1979 sowie auf die Erfahrungen und den Schlussbericht betreffend die Gesamtverteidigungsübung 1980.

- 14 Am 14. November 1980 unterbreitete die Bundeskanzlei dem Bundesrat im Auftrag des Stabes dessen Bericht, der sich auf die Grundzüge der künftigen Organisation des Sonderstabes des Bundesrates beschränkte und dem ein Organigramm beilag. Der Stab war der Auffassung, dass zunächst abgeklärt werden sollte, ob Ihre Behörde dem Modell für den Sonderstab des Bundesrates grundsätzlich zustimmen kann. In einer zweiten Etappe wären dann die entsprechenden rechtlichen Erlasse zu bearbeiten.

Am 24. Februar 1981 widmete der Bundesrat diesem Thema eine Aussprache. Deren Ergebnis kann dahin zusammengefasst werden, dass das Konzept des Stabes für Gesamtverteidigung grundsätzlich gutgeheissen wurde. Es wurde aber gewünscht, dass die Präsentation, insbesondere auch begrifflich, noch besser die unveränderte Kompetenzordnung in bezug auf Bundesrat und Departemente, aber auch die möglichste Identität der Strukturen zum Ausdruck bringt.

Mit Notiz vom 26. März 1981 liess die Bundeskanzlei dem Bundesrat ein neu formuliertes Konzept des Stabes für Gesamtverteidigung betreffend die Zusammenarbeit zwischen der Bundeskanzlei

und der Zentralstelle für Gesamtverteidigung in ausserordentlichen Lagen zugehen. Am 1. April 1981 fasste der Bundesrat folgenden Beschluss:

- Dem vom Stab für Gesamtverteidigung erarbeiteten Konzept über die Zusammenarbeit zwischen der Bundeskanzlei und der Zentralstelle für Gesamtverteidigung in ausserordentlichen Lagen wird zugestimmt.
- Vom beiliegenden Organigramm wird Kenntnis genommen.
- Das Militärdepartement und die Bundeskanzlei werden beauftragt, die zur Verwirklichung des Konzepts notwendigen rechtlichen Erlasse zu revidieren und der zuständigen Behörde zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

## 2 Die neuen Weisungen

### 21 Grundzüge

Die neuen "Weisungen über organisatorische Massnahmen in der Bundesverwaltung für ausserordentliche Lagen" lehnen sich eng an die folgenden, im Konzept vom 25. März 1981 formulierten Grundsätze an:

- Identität der Entscheidungsorganen in allen strategischen Fällen
- weitgehende Identität der Abläufe in allen strategischen Fällen
- Grundsatz der Konzentration für alle Konferenzen

Im Vergleich zu den geltenden Weisungen vom 14. Mai 1975 sind folgende Aenderungen hervorzuheben:

Terminologie: Anstelle von "Sonderstäben der Departemente" und "Sonderstab des Bundesrates" spricht man neu von "Stabsorganisationen der Departemente" und "Zentrale Stabsorganisation". Diese Terminologie bringt die oben erwähnten Grundsätze besser zum Ausdruck.

Information: Auf eine Zentralisierung der Information und die Einrichtung einer Informationszentrale bei der Bundeskanzlei wird verzichtet. Es obliegt der Informationschefs-Konferenz (Art. 11) - im Rahmen der Informationsrichtlinien des Bundesrates - die Informationstätigkeit zu koordinieren.

Schlussbemerkungen und Antrag

Lagekonferenz: Die Lagekonferenz soll gemäss Konzept (Ziff. 221) inskünftig in allen strategischen Fällen vom Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung geleitet werden (Art. 10 Abs. 2).

Erweiterte Generalsekretärenkonferenz: Stab für Gesamtverteidigung und Generalsekretärenkonferenz sollen in ausserordentlichen Lagen - zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten und Doppelbeanspruchungen - zu einer erweiterten Generalsekretärenkonferenz verschmolzen werden (Art. 9). Der Bundesrat bestimmt, wann diese Verschmelzung stattfindet (Art. 6 Abs. 2).

Zentrale Stabsorganisation: Die Zentrale Stabsorganisation wird durch die Bundeskanzlei und die Zentralstelle für Gesamtverteidigung gebildet (Art. 4 Abs. 3). Der Bundesrat legt fest, wann die Zentrale Stabsorganisation ihre Tätigkeit aufnimmt (Art. 6 Abs. 2); er bestimmt somit, in welchem Zeitpunkt die Zentralstelle vorübergehend der Bundeskanzlei zur Zusammenarbeit zugewiesen wird. Die gesetzliche Stellung der beiden Stabsstellen bleibt unverändert. Die Zentrale Stabsorganisation ist nach dem Organigramm gegliedert, das als Anhang den Weisungen beigelegt wird (Art. 8).

Im übrigen wurden die Weisungen redaktionell gestrafft.

22 Erarbeitung der Weisungen

Am 2. November 1981 wurde ein erster, von der Zentralstelle für Gesamtverteidigung im Einvernehmen mit der Bundeskanzlei verfasster, Entwurf dem Stab für Gesamtverteidigung zugestellt. Dieser führte am 12. November 1981 eine erste Lesung des Entwurfes durch. Anschliessend hatten die Mitglieder des Stabes Gelegenheit, sich noch schriftlich zum Entwurf zu äussern. In der Sitzung vom 10. Dezember 1981 hat der Stab für Gesamtverteidigung den zweiten Entwurf vom 26. November 1981 bereinigt und einstimmig gutgeheissen.

### 3 Schlussbemerkungen und Antrag

Die künftige Rolle und Struktur der Organe der Gesamtverteidigung in ausserordentlichen Lagen sind seit 1977 ausgiebig diskutiert worden und es liegt eine umfangreiche Dokumentation vor. Die Gesamtverteidigungsübung 1980 hat gezeigt, dass die Organisation der Bundesverwaltung in ausserordentlichen Lagen möglichst einfach und flexibel gestaltet werden muss: Kontinuität, Konzentration, Vereinfachung und Straffung sind das Gebot der Stunde in ausserordentlichen Lagen. Der vorliegende Entwurf zu Weisungen entspricht nach Ansicht des Stabes für Gesamtverteidigung diesen Anforderungen.

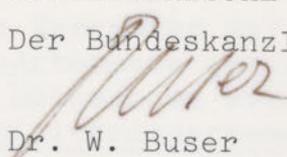
Aufgrund dieser Erwägungen unterbreiten wir Ihnen folgenden

#### A n t r a g:

1. Dem Erlass der "Weisungen über organisatorischen Massnahmen in der Bundesverwaltung für ausserordentliche Lagen" wird zugestimmt.
2. Die Weisungen treten am 1. Mai 1982 in Kraft.

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI

Der Bundeskanzler

  
Dr. W. Buser

./.



EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL  
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

Beilage: Weisungen über organisatorische  
 Massnahmen in der Bundesverwaltung, 30. März 1982  
 für ausserordentliche Lagen (Entwurf)

Instructions concernant les mesures  
 structurelles de l'administration  
 fédérale pour les situations extraordinaires

Zum Mitbericht an alle Departemente und die BK

Protokollauszug an:

- BK 6 (Br, FC, AC, Fu, MR, Ka) zum Vollzug
- EDA 6 " "
- EDI 5 " "
- EJPD 5 organisatorische Massnahmen in der Bundesverwaltung
- EMD 10 für ausserordentliche Lagen " "
- EFD 5 " "
- EVD 5 " "
- EVED 5 " "
- EFK 2 " "

A n t r a g

Ergänzung von Art. 10 Abs. 3

Im Fall zu Fall können weitere Vertreter der am stärksten  
 betroffenen interessierten Departemente und Bundesstellen zu  
 den Sitzungen der Lagekonferenz beigezogen werden. Im aktiven  
 Dienst der Armee ist das Eidg. Militärdepartement ständig  
 vertreten.

Französische Version:

Le Département militaire fédérale est représenté en per-  
 manence pendant le service actif."

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT

G.-A. Chevallier



EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL  
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

Nr. 0501.1/82

3003 Bern, 30. März 1982

In der Antwort anzugeben  
 A rappeler dans la réponse  
 Ripeterlo nella risposta

An den B u n d e s r a t

M i t b e r i c h t

zum Antrag der Bundeskanzlei vom 17.3.82 betreffend

Massnahmen über organisatorische Massnahmen in der Bundesverwaltung  
für ausserordentliche Lagen

Wenn die Armee mobilisiert hat, ist das Militärdepartement nicht mehr in der Lagekonferenz vertreten. Es hat aber Scharnierfunktion im Verhältnis zwischen Armee und der Landesregierung. Deshalb sollte das Militärdepartement direkten Zugang zur Lagekonferenz haben.

Wir stellen deshalb den

A n t r a g

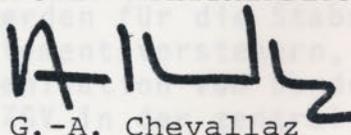
auf nachstehende Ergänzung von Art. 10 Abs. 3

"<sup>3</sup>Von Fall zu Fall können weitere Vertreter der an einer bestimmten Lage interessierten Departemente und Bundesämter zu den Sitzungen der Lagekonferenz beigezogen werden. Im aktiven Dienst der Armee ist das Eidg. Militärdepartement ständig vertreten."

Französische Version:

"... Le Département militaire fédérale est représenté en permanence pendant le service actif."

EIDGENOESSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT



G.-A. Chevallaz



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI  
 CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE  
 CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

3003 Bern, 10. Juni 1982 Br/Wä

Ausgeteilt

An den  
B u n d e s r a t

Weisungen über organisatorische Massnahmen in der  
 Bundesverwaltung für ausserordentliche Lagen

Der Entwurf zu diesen Weisungen ist Ihnen von der Bundeskanzlei mit Antrag vom 17. März 1982 unterbreitet worden. Am 28. April 1982 haben Sie darüber eine Aussprache gepflogen, wobei die Beschlussfassung bis zur Bereinigung einiger Fragen zurückgestellt wurde. (Vorbehalt von Sonderfällen die METALERT und Geiselnahme, Rechtsform und Information).

Gestützt auf die Abklärung dieser Probleme stellen wir Ihnen  
A n t r a g

den Text mit folgenden Aenderungen definitiv zum Beschluss zu erheben:

1. Art. 1 Abs. 2 enthält bereits den Vorbehalt "Besonderer Regelungen des Bundesrates" für spezielle Aufgaben. Hier sind zur Verdeutlichung und Konkretisierung am Schluss in Klammern als Beispiel anzufügen: SOGE, METALERT.
2. Art. 4 Abs. 2, der die Zusammensetzung der Stabsorganisationen regelt, wird wie folgt geändert:

"die mitwirkenden Mitarbeiter werden für die Stabsorganisationen der Departemente von den Departementsvorstehern, für diejenigen der zentralen Stabsorganisation vom Bundeskanzler bezeichnet. Die Vertreter der ZGV in der zentralen Stabsorganisation werden vom Direktor der ZGV im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler bestimmt."

3. In Art. 1 Abs. 1 sind wiederum Vorbehalte für besondere Informationsregelungen aufzunehmen, indem Abs. 1 am Schluss durch den folgenden Satz ergänzt wird:

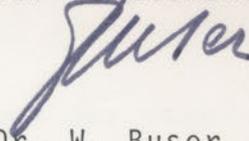
"Vorbehalten bleiben besondere Anordnungen der zentralen Stabsorganisation und anderer vom Bundesrat eingesetzter Sonderstäbe (SOG, METALERT).

Der Mitbericht des EMD vom 30. März 1982 war schon in der Sitzung vom 28. April unbestritten. Art. 10 Abs. 3 wird gemäss jenem Antrag des EMD ergänzt.

Die Rechtsform des Erlasses bleibt unverändert. Der Chef des JPD und der Unterzeichnete sind übereingekommen, dass die Form von "Weisungen" einer publikationspflichtigen Verordnung vorzuziehen ist.

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI

Der Bundeskanzler



Dr. W. Buser

## NUR FUER DIENSTLICHEN GEBRAUCH

## WEISUNGEN

Über organisatorische Massnahmen in der Bundesverwaltung  
für ausserordentliche Lagen

vom 21. Juni 1982

Der Schweizerische Bundesrat erlässt folgende Weisungen:

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Geltungsbereich

<sup>1</sup> Diese Weisungen gelten für die Stabsorganisationen der Departemente sowie für die Zentrale Stabsorganisation (Art. 4, Abs. 3).

<sup>2</sup> Vorbehalten bleiben besondere Regelungen des Bundesrates für die zur Erfüllung spezieller Aufgaben eingesetzten Sonderstäbe und für die Verlegung von Teilen der Bundesverwaltung (SOGE, METALERT).

Art. 2 Grundsatz

Die Departemente und die Bundeskanzlei treffen die Vorbereitungen, damit ihre Stabsorganisationen ausserordentliche Lagen bewältigen und die angestammten Aufgaben unter den geänderten Verhältnissen weiterführen können.

Art. 3 Mitwirkung der Armee

Vor der Wahl eines Oberbefehlshabers erlässt der Generalstabschef die von Fall zu Fall nötigen Anordnungen für den militärischen Bereich im Rahmen seiner Kompetenzen und unter Wahrung der Koordination mit den übrigen Trägern der Gesamtverteidigung.

Art. 4 Bildung von Stabsorganisationen für ausserordentliche Lagen

<sup>1</sup> Die Mitarbeiter der Bundesverwaltung, welche die zuständigen Behörden bei der Bewältigung ausserordentlicher Lagen unterstützen, werden in Stabsorganisationen zusammengefasst.

NUR FÜR DIENSTLICHEN GEBRAUCH  
NUR FÜR DIENSTLICHEN GEBRAUCH

- 2 -

<sup>2</sup>Die mitwirkenden Mitarbeiter werden für die Stabsorganisationen der Departemente von den Departementvorstehern, für die Zentrale Stabsorganisation vom Bundeskanzler bezeichnet. Die Vertreter der Zentralstelle für Gesamtverteidigung in der Zentralen Stabsorganisation werden vom Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler bestimmt.

<sup>3</sup>Die Zentrale Stabsorganisation wird durch die Bundeskanzlei und die Zentralstelle für Gesamtverteidigung gebildet.

<sup>4</sup>Der Bundesrat und die Departemente sorgen für die Vorbereitung und Schulung der Stabsorganisationen im Hinblick auf ihren Einsatz in ausserordentlichen Lagen.

#### Art. 5 Vermeidung von Mehrfachfunktionen

Um unvereinbare Mehrfachfunktionen zu vermeiden, sind bei der personellen Zusammensetzung der Stabsorganisationen für ausserordentliche Lagen die folgenden Grundsätze massgebend:

- a. In die Stabsorganisation sollen grundsätzlich keine Personen eingeteilt werden, die in ausserordentlichen Lagen eine andere Funktion vollamtlich und dauernd erfüllen müssen.
- b. Wenn für die Sicherstellung einer bestimmten unentbehrlichen Regierungs- und Verwaltungstätigkeit kein von der Militär- oder Schutzdienstpflicht befreites Personal zur Verfügung steht, ist die Dispensation von der Dienstleistung zu beantragen:
  1. Für Angehörige der Armee nach der Verordnung vom 8. Juli 1981 <sup>1)</sup> über die Dispensation vom aktiven Dienst;
  2. für Angehörige des Zivilschutzes nach der Zivilschutzverordnung vom 27. November 1978 <sup>2)</sup>.
- c. Wenn eine Dispensation nach Buchstabe b nicht zweckmässig erscheint, so ist im Hinblick auf ausserordentliche Lagen die Dispensation vorzubereiten oder die Stellvertretung sicherzustellen.

#### Art. 6 Aufnahme der Tätigkeit der Stabsorganisation für ausserordentliche Lagen

<sup>1</sup>Die Departementvorsteher entscheiden über die Aufnahme der Tätigkeit der Stabsorganisationen der Departemente. Vor oder spätestens bei Aufnahme der Tätigkeit der Stabsorganisationen eines Departementes ist die Bundeskanzlei zu verständigen.

1) SR 519.2

2) SR 520.11

<sup>2</sup>Der Bundesrat bestimmt, wann die Zentrale Stabsorganisation ihre Tätigkeit aufnimmt und die erweiterte Generalsekretärenkonferenz an Stelle des Stabes für Gesamtverteidigung tritt.

### liche Lagen

#### Art. 7 Bereitschaftsgrade

Für die Stabsorganisationen der Departemente und die Zentrale Stabsorganisation werden vier Bereitschaftsgrade der Stabsorganisationen unterschieden:

Bereitschaftsgrade der Stabsorganisationen	Auslösung durch	Massnahmen	Veranlassung	Max. Zeitbedarf bis
Bereitschaft auf Zeit	Normalfall	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Sicherstellung der Alarmierung durch die Pikett- und Alarmorganisation der Bundesverwaltung</li> <li>- Sicherstellung der materiellen und personellen Betriebsbereitschaft der Schutzraumanlagen für die Stabsorganisationen</li> <li>- Bereitstellung der Ernstfalldokumentation</li> </ul>	Bundeskanzlei  Bundeskanzlei/ Departemente  Departemente/ Bundeskanzlei	Betriebsbereitschaft in 24 Std.  Teileinsatz in 36 Std.
Betriebsbereitschaft	Chefs der Stabsorganisationen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schutzraumanlagen und Einrichtungen für die Stabsorganisationen betriebsbereit</li> <li>- Angehörige der Stabsorganisationen und Anlagebetriebschefs erreichbar</li> </ul>	Bundeskanzlei/ Departemente  Departemente/ Bundeskanzlei	Teileinsatz in 12 Std.
Teileinsatz	Chefs der Stabsorganisationen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Departemente und Bundeskanzlei rund um die Uhr besetzt</li> <li>- Einsatz der Stabsorganisationen rund um die Uhr sichergestellt</li> </ul>	Departemente/ Bundeskanzlei  Departemente/ Bundeskanzlei	Volleinsatz in 3 Std.
Volleinsatz	Chefs der Stabsorganisationen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Volleinsatz der Stabsorganisationen sichergestellt</li> </ul>	Departemente/ Bundeskanzlei	

## 2. Abschnitt: Zentrale Stabsorganisation für ausserordentliche Lagen

### Art. 8

<sup>1</sup>Die Zentrale Stabsorganisation ist nach dem Organigramm im ANHANG gegliedert.

<sup>2</sup>Die Gliederung der Bundeskanzlei und der Zentralstelle für Gesamtverteidigung im einzelnen sowie die Regelung der Zusammenarbeit der beiden Stabsstellen sind Sache des Bundeskanzlers und des Direktors der Zentralstelle für Gesamtverteidigung.

## 3. Abschnitt: Koordinationsorgane des Bundesrates für ausserordentliche Lagen

### Art. 9 Erweiterte Generalsekretärenkonferenz

<sup>1</sup>Die erweiterte Generalsekretärenkonferenz tritt in ausserordentlichen Lagen nach Bedarf zur Regelung von Koordinationsfragen zwischen den Departementen und den Trägern der Gesamtverteidigung zusammen.

<sup>2</sup>Der erweiterten Generalsekretärenkonferenz gehören in der Regel an:

- a. Der Bundeskanzler als Vorsitzender;
- b. der Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung als Stellvertreter des Vorsitzenden;
- c. je ein Vertreter der Departemente (in der Regel der Generalsekretär oder Stellvertreter);
- d. der Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz;
- e. zwei durch den Generalstabschef bzw. den Oberbefehlshaber bestimmte Vertreter der Armee;
- f. der Delegierte für wirtschaftliche Kriegsvorsorge.

<sup>3</sup>Die Bundeskanzlei sorgt für die Erledigung der Sekretariatsgeschäfte.

<sup>4</sup>Die Ausschüsse des Stabes für Gesamtverteidigung führen in ausserordentlichen Lagen ihre Aufgaben als Hilfsorgane der erweiterten Generalsekretärenkonferenz nach deren Weisungen weiter.

Art. 10 Lagekonferenz

<sup>1</sup>Die Lagekonferenz ist das interdepartementale Koordinationsorgan im Bereich der Nachrichten.

<sup>2</sup>Der Lagekonferenz gehören in der Regel an:

- a. Der Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung als Vorsitzender;
- b. ein Vertreter des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten als Stellvertreter des Vorsitzenden;
- c. ein Vertreter des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes;
- d. ein durch den Generalstabschef bzw. den Oberbefehlshaber bestimmter Vertreter der Armee als Stellvertreter des Vorsitzenden;
- e. ein Vertreter des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes;
- f. ein Vertreter der Bundeskanzlei
- g. ein Vertreter des Bundesamtes für Zivilschutz.

<sup>3</sup>Von Fall zu Fall können weitere Vertreter der an einer bestimmten Lage interessierten Departemente und Bundesämter zu den Sitzungen der Lagekonferenz beigezogen werden. Im aktiven Dienst der Armee ist das Eidgenössische Militärdepartement ständig vertreten.

<sup>4</sup>Die Zentralstelle für Gesamtverteidigung sorgt für die Erledigung der Sekretariatsgeschäfte.

<sup>5</sup>Einzelheiten betreffend die Organisation, die Aufgaben und die Arbeitsweise der Lagekonferenz sind in einem besonderen, durch den Bundesrat genehmigten Reglement der Lagekonferenz geregelt.

Art. 11 Informationschefskonferenz

<sup>1</sup>Die Informationschefskonferenz ist das interdepartementale Koordinationsorgan im Bereich der Information. Sie tritt nach Bedarf für die Regelung der Koordination der Information, zur Beurteilung der Informationslage und die Festlegung der Informationsmittel zusammen.

Vorbehalten bleiben besondere Anordnungen der Zentralen Stabsorganisation und anderer vom Bundesrat eingesetzter Sonderstäbe (SOG, METALERT).

<sup>2</sup>Der Informationschefskonferenz gehören an:

- a. Der Vizekanzler für Information als Vorsitzender;
- b. die Informationschefs der departementalen Stabsorganisationen;
- c. der Informationschef der Bundeskanzlei als Stellvertreter des Vorsitzenden.

## NUR FUER DIENSTLICHEN GEBRAUCH

- 7 - 6 -

<sup>3</sup>Von Fall zu Fall können im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden weitere Personen zu den Sitzungen der Informationschefs-konferenz beigezogen werden.

<sup>4</sup>Die Bundeskanzlei sorgt für die Erledigung der Sekretariats-geschäfte.

21. Juni 1982 Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Art. 12 Technische und administrative Dienste

Der Vizekanzler allgemeine Verwaltung sorgt im Einvernehmen mit den Departementen für die Koordination der technischen und administrativen Dienste an den gemeinsamen Standorten.

Der Bundeskanzler:

4. Abschnitt: Stabsorganisation der Departemente für ausserordentliche Lagen

Art. 13 Zusammenarbeit

Die Stabsorganisationen der Departemente sowie die Armee arbeiten mit der Zentralen Stabsorganisation insbesondere für die Erfüllung folgender Aufgaben zusammen:

- a. Zusätzliche Nachrichtenbeschaffung und Darstellung der Gesamtlage zuhanden des Bundesrates;
- b. Koordination der Massnahmen im Rahmen der Gesamtverteidigung;
- c. Koordination der Information;
- d. Sicherstellung der technischen und administrativen Dienste an den gemeinsamen Standorten.

Art. 14 Gliederung

Die Departemente orientieren die Bundeskanzlei über ihre Stabsorganisation und melden die Kontaktperson für die Zusammenarbeit mit der Zentralen Stabsorganisation.

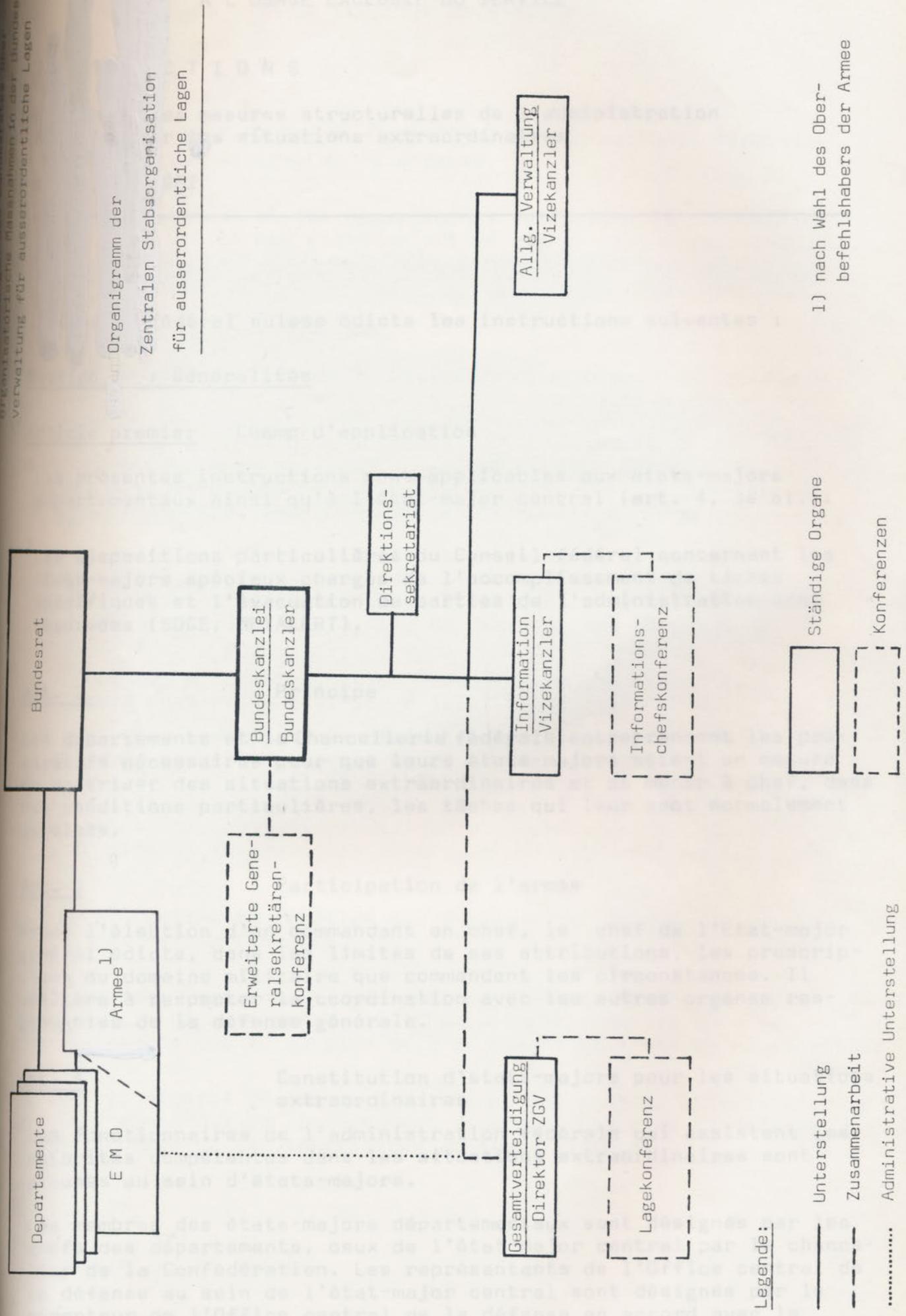
5. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Art. 15

<sup>1</sup>Die Weisungen vom 14. Mai 1975 betreffend die Sonderstäbe werden aufgehoben.



Organigramm der Zentralen Stabsorganisation für ausserordentliche Lagen



Legende:

- Unterstellung
- - - Zusammenarbeit
- ..... Administrative Unterstellung

Ständige Organe

Konferenzen

1) nach Wahl des Oberbefehlshabers der Armee

## I N S T R U C T I O N S

concernant les mesures structurelles de l'administration  
fédérale pour les situations extraordinaires

du 21 juin 1982

Le Conseil fédéral suisse édicte les instructions suivantes :

Section 1 : Généralités

Article premier      Champ d'application

<sup>1</sup> Les présentes instructions sont applicables aux états-majors  
départementaux ainsi qu'à l'état-major central (art. 4, 3e al.).

<sup>2</sup> Les dispositions particulières du Conseil fédéral concernant les  
états-majors spéciaux chargés de l'accomplissement de tâches  
spécifiques et l'évacuation de parties de l'administration sont  
réservées (SOGE, METALERT).

Art. 2                      Principe

Les départements et la Chancellerie fédérale entreprennent les pré-  
paratifs nécessaires pour que leurs états-majors soient en mesure  
de maîtriser des situations extraordinaires et de mener à chef, dans  
des conditions particulières, les tâches qui leur sont normalement  
dévolues.

Art. 3                      Participation de l'armée

Avant l'élection d'un commandant en chef, le chef de l'Etat-major  
général édicte, dans les limites de ses attributions, les prescrip-  
tions du domaine militaire que commandent les circonstances. Il  
veillera à respecter la coordination avec les autres organes res-  
ponsables de la défense générale.

Art. 4                      Constitution d'états-majors pour les situations  
extraordinaires

<sup>1</sup> Les fonctionnaires de l'administration fédérale qui assistent les  
autorités compétentes dans les situations extraordinaires sont  
groupés au sein d'états-majors.

<sup>2</sup> Les membres des états-majors départementaux sont désignés par les  
chefs des départements, ceux de l'état-major central par le chance-  
lier de la Confédération. Les représentants de l'Office central de  
la défense au sein de l'état-major central sont désignés par le  
directeur de l'Office central de la défense en accord avec le  
chancelier de la Confédération.

## A L'USAGE EXCLUSIF DU SERVICE

- 2 -

<sup>3</sup> L'état-major central est constitué par la Chancellerie fédérale et par l'Office central de la défense.

<sup>4</sup> Le Conseil fédéral et les départements veillent à la préparation et à l'instruction des états-majors en vue de leur engagement dans les situations extraordinaires.

Art. 5 Cumul de fonctions

Afin d'éviter le cumul de fonctions incompatibles, les principes suivants doivent être observés lors de la composition des états-majors :

- a. En principe, les personnes qui, dans les situations extraordinaires, doivent exercer une autre fonction à plein temps et de façon permanente, ne sont pas incorporées dans les états-majors.
- b. Si le maintien d'une activité essentielle au gouvernement ou à l'administration ne peut être assuré par du personnel libéré du service militaire ou de l'obligation de servir dans la protection civile, il y a lieu de demander une dispense de service :
  1. Pour les militaires, selon l'ordonnance concernant la dispense du service actif du 8 juillet 1981<sup>1</sup>);
  2. Pour les membres de la protection civile, selon l'ordonnance sur la protection civile du 27 novembre 1978<sup>2</sup>).
- c. Lorsqu'une dispense au sens de la lettre b n'apparaît pas opportune, il convient néanmoins de la préparer ou d'assurer la suppléance en prévision de situations extraordinaires.

Art. 6 Entrée en fonction des états-majors dans des situations extraordinaires

<sup>1</sup> Les chefs des départements décident de l'entrée en fonction des états-majors départementaux. La Chancellerie fédérale doit en être avisée, avant ou au plus tard au moment de l'entrée en fonction.

<sup>2</sup> Le Conseil fédéral décide de l'entrée en fonction de l'état-major central, ainsi que du remplacement de l'Etat-major de la défense par la Conférence des secrétaires généraux élargie.

1) RS 519.2

2) 520.11

## A L'USAGE EXCLUSIF DU SERVICE

- 3 -

## Art. 7 Degrés de préparation

On distingue quatre degrés de préparation pour les états-majors des départements et l'état-major central :

Degrés de préparation des états-majors	Ordonnés par	Mesures	Ordonnées par	Délai maximum jusqu'à
Préparation avec délai (cas normal)		- Assurer l'alerte par l'organisation de piquet et d'alarme de l'administration fédérale	Chancellerie fédérale	Prêt au fonctionnement en 24 h.
		- Assurer la préparation matérielle et le personnel des locaux protégés réservés aux états-majors	Chancellerie fédérale/ Départements	Engagement partiel en 36 h.
		- Préparation de la documentation	Départements/ Chancellerie fédérale	
Prêt au fonctionnement	Chefs des états-majors	- Abris et installations des états-majors prêts  - Les membres des états-majors et les chefs de locaux sont atteignables	Chancellerie fédérale/ Départements  Départements/ Chancellerie fédérale	Engagement partiel en 12 h.
Engagement partiel	Chefs des états-majors	- Permanence 24 h sur 24 dans les départements et à la Chancellerie fédérale  - Engagement des états-majors assuré 24 h sur 24	Départements/ Chancellerie fédérale  Départements/ Chancellerie fédérale	Engagement total en 3 h
Engagement total	Chefs des états-majors	- Engagement total des états-majors assuré	Départements/ Chancellerie fédérale	

A L'USAGE EXCLUSIF DU SERVICE  
A L'USAGE EXCLUSIF DU SERVICE

- 4 -

Section 2 : Organisation de l'état-major central pour les situations extraordinaires

---

Art. 8

<sup>1</sup>L'état-major central est composé selon l'organigramme annexé.

<sup>2</sup>Le chancelier de la Confédération et le directeur de l'Office central de la défense fixent les détails du fractionnement de la Chancellerie fédérale et de l'Office central de la défense, ainsi que la collaboration entre ces deux organes.

Section 3 : Organes de coordination du Conseil fédéral pour les situations extraordinaires

---

Art. 9 Conférence des secrétaires généraux élargie

<sup>1</sup>La conférence des secrétaires généraux élargie se réunit dans les situations extraordinaires, selon les besoins, en vue de régler la coordination entre les départements et les organes responsables de la défense générale.

<sup>2</sup>Font en principe partie de la conférence des secrétaires généraux élargie :

- a. le chancelier de la Confédération, président;
- b. le directeur de l'Office central de la défense, suppléant du président;
- c. un représentant de chaque département (en règle générale le secrétaire général ou son suppléant);
- d. le directeur de l'Office fédéral de la protection civile;
- e. deux représentants de l'armée désignés par le chef de l'Etat-major général ou le commandant en chef;
- f. le délégué à la Défense nationale économique.

<sup>3</sup>La Chancellerie fédérale assume le secrétariat.

<sup>4</sup>Dans les situations extraordinaires, les commissions de l'Etat-major de la défense accomplissent leurs tâches en tant qu'organes auxiliaires de la conférence des secrétaires généraux élargie, selon les directives de celle-ci.

Art. 10 La conférence de situation

<sup>1</sup> La conférence de situation est l'organe de coordination inter-départemental en matière de renseignements.

<sup>2</sup> Font en principe partie de la conférence de situation :

- a. le directeur de l'Office central de la défense, président;
- b. un représentant du Département fédéral des affaires étrangères, suppléant du président;
- c. un représentant du Département fédéral de justice et police;
- d. un représentant de l'armée désigné par le chef de l'Etat-major général ou le commandant en chef, suppléant du président;
- e. un représentant du Département fédéral de l'économie publique;
- f. un représentant de la Chancellerie fédérale;
- g. un représentant de l'Office fédéral de la protection civile.

<sup>3</sup> Selon le cas, des représentants d'autres départements et offices touchés par une situation peuvent être appelés à participer aux séances de la conférence de situation. Le département militaire fédéral est représenté en permanence pendant le service actif.

<sup>4</sup> L'Office central de la défense assume le secrétariat.

<sup>5</sup> Les détails concernant l'organisation, les tâches et la procédure de la conférence de situation sont fixés par un règlement spécial approuvé par le Conseil fédéral.

Art. 11 La conférence des chefs de l'information

<sup>1</sup> La conférence des chefs de l'information est l'organe de coordination interdépartemental en matière d'information. Elle se réunit selon les besoins en vue de régler la coordination de l'information, d'apprécier la situation dans le domaine de l'information, et de déterminer les moyens d'information. Les dispositions particulières de l'état-major central et d'autres états-majors spéciaux mis sur pied par le Conseil fédéral sont réservées (SOGE, METALERT).

<sup>2</sup> Font partie de la conférence des chefs de l'information :

- a. le vice-chancelier pour l'information, président;
- b. les chefs de l'information des états-majors départementaux;
- c. le chef de l'information de la Chancellerie fédérale, suppléant du président.

## A L'USAGE EXCLUSIF DU SERVICE

## A L'USAGE EXCLUSIF DU SERVICE

- 7 -

<sup>3</sup> Selon le cas, d'autres personnes peuvent être appelées à assister aux séances de la conférence des chefs de l'information, avec l'accord de son président.

Les présentes instructions entrent en vigueur le 1 juillet 1982.

<sup>4</sup> La Chancellerie fédérale assume le secrétariat.

Art. 12 Services techniques et administratifs

Le vice-chancelier responsable de l'administration générale assure, en accord avec les départements, la coordination des services techniques et administratifs dans les stationnements communs.

Section 4 : Organisation des états-majors départementaux pour les situations extraordinaires

---

Art. 13 Collaboration

Les états-majors départementaux et l'armée collaborent avec l'état-major central afin d'assumer notamment les tâches suivantes :

- a. acquérir des renseignements complémentaires et présenter la situation générale au Conseil fédéral;
- b. coordonner les mesures entre les organes de la défense générale;
- c. coordonner l'information;
- d. assurer la bonne marche des services techniques et administratifs dans les stationnements communs.

Art. 14 Fractionnement

Les départements informent la Chancellerie fédérale de l'organisation de leur état-major et désignent un agent de liaison en vue de la collaboration avec l'état-major central.

Section 5 : Dispositions finales

---

Art. 15

<sup>1</sup> Les instructions du 14 mai 1975 concernant les états-majors spéciaux sont abrogées.

A L'USAGE EXCLUSIF DU SERVICE

- 7 -

<sup>2</sup>Les présentes instructions entrent en vigueur le 1 juillet 1982.

Berne, le 21 juin 1982

Au nom du Conseil fédéral suisse  
Le président de la Confédération :

Le chancelier de la Confédération :

ANNEXE:

Organigramme de  
l'état-major central pour les  
situations ordinaires

